

Johannes Fischer

„Jüdischer Terror“

Unter der Überschrift „Brandstifter innerhalb der Regierung“ erschien in der FAZ vom 30. August 2024 ein Artikel, in dem Folgendes zu lesen stand:

„Während im Norden des besetzten Westjordanlands eine groß angelegte Operation gegen militante Palästinenser weiterlief, verschickte die israelische Armee eine auf den ersten Blick unauffällige Mitteilung mit der Überschrift: ‚Zusammenfassung der Ermittlungen zu dem Aufruhr in der Stadt Jit in Samaria‘. Doch darin wird Avi Bluth, der Chef des für das Westjordanland zuständigen Zentralkommandos, mit den Worten zitiert, es handele sich um einen ‚sehr ernsten Terrorvorfall‘ durch Israelis gegen die Einwohner von Jit. ‚Wir haben versagt, indem wir es nicht schneller geschafft haben, sie zu schützen.‘

Am Abend des 15. Augusts hatte ein Mob von etwa hundert Siedlern die kleine Stadt Jit im Westjordanland überfallen. Die maskierten Männer waren mit Autos in den Ort gefahren, hatten zunächst mit Steinen und Molotowcocktails geworfen und Autos sowie zwei Häuser in Brand gesteckt. Augenzeugen berichteten, dass sowohl Reservisten der Armee als auch das Sicherheitskommando einer nahen Siedlung anwesend waren und nichts taten. Eine halbe Stunde später schaffte es die Armee schließlich mit hinzugerufenen Einheiten, die Gewalttäter aus der Stadt zu drängen. Die Bilanz des Abends: ein getöteter Palästinenser, ein weiterer Verletzter und schwere Sachschäden. Wer die Realität im von Israel besetzten Westjordanland kennt, war von dem Vorfall wenig überrascht. Gewaltsame Übergriffe jüdischer Siedler gibt es schon seit Langem. Oft stehe Sicherheitskräfte und Armee, in deren Reihen viele Siedler ihren Dienst tun, untätig daneben und greifen nicht ein. Anschließend werden Ermittlungen aufgenommen, doch die enden selten mit einer Anklage und fast nie mit einer Verurteilung gegen einen Israeli.

Doch im Fall Jit spricht die Armee nun in einer Mitteilung offen von Terror durch Israelis, das zeigt tatsächlich eine gewisse Verschiebung der Wahrnehmung. Der Fall hatte für internationalen Protest gesorgt. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu ließ mitteilen, er nehme die ‚Unruhen‘ sehr ernst, und besprach den Fall im Sicherheitskabinett. Kurz darauf zitierte das Nachrichtenportal N12 einen Dialog zwischen ihm und dem Chef des Inlandsgeheimdienstes

Schin Bet, Ronen Bar, aus der Sitzung. Netanyahu fragte Bar demnach: ‚Haben wir Festnahmen gemacht?‘ Darauf Bar: ‚Zwei‘. Darauf Netanyahu: ‚Warum nur zwei? Warum nicht mehr?‘ Daraufhin Bar: ‚Das ist Aufgabe der Polizei. Aber es gibt keine Polizei in Israel.‘ Daraufhin soll Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir aus dem Raum gestürmt sein und verlangte die Entlassung Bars.

Jeder im Land versteht, was Bar gemeint hat. Kurz zuvor hatte der Inlandsgeheimdienstchef in einem Brief an Netanyahu und zahlreiche weitere Minister eindringlich davor gewarnt, dass ‚jüdischer Terror‘ und die Versuche von Ben-Gvir, den Status des Tempelbergs in Jerusalem zu ändern, ‚unbeschreiblichen Schaden für Israel‘ brächten. Die ‚Hügeljugend‘, Gruppen von gewaltbereiten Siedlern, die oft auf Hügeln im Westjordanland illegale Außenposten errichten, sei schon seit Langem zu einer Brutstätte der Gewalt geworden. Er begreife das Phänomen nicht als ‚nationalistische Gewalt‘, da die Gewalt mit dem Ziel begangen werde, Angst zu verbreiten. Das sei ‚Terrorismus‘.

Ermutigt werde die Hügeljugend durch eine sanfte Behandlung, ein ‚Gefühl der stillschweigenden Rückendeckung‘ durch die Polizei und durch Unterstützung und finanzielle Hilfen von Knesset-Abgeordneten., schreibt Bar in dem Brief. Gleichzeitig würden die Sicherheitskräfte des Landes delegitimiert. Inhaltlich spricht der Geheimdienstchef keineswegs Neues an – doch seit Netanyahu vor zwei Jahren mit den rechtsextremen Ministern Ben-Gvir und Bezalel Smotrich eine Koalition eingegangen war, werden die gewalttätigen Siedler von der Regierungsbank aus offen unterstützt und angeheizt. Ben-Gvir arbeitet als Sicherheitsminister sukzessive daran, Schlüsselpositionen innerhalb der Polizei mit Gefolgsleuten zu besetzen, die Gewalt gegen Regierungsgegner und Palästinenser decken. Er stammt selbst aus der radikalen Siedlerbewegung und hat aus seinen radikalen Ansichten nie einen Hehl gemacht. ...“ So weit das Zitat aus der FAZ.

Was dieser Artikel verdeutlicht, ist die Tatsache, dass die Wurzel allen Übels nicht bei den jüdischen Siedlern liegt, sondern beim Staat Israel, der dem ‚jüdischen Terror‘ – so Bar – seitens der Siedler keinen Einhalt gebietet, sondern diesen deckt. Das trifft sich mit der Einschätzung des internationalen Gerichtshofs in Den Haag zu Israels Besatzungspolitik.¹ Es lenkt daher von der Verantwortung dieses Staates ab, wenn nun die EU – mit Zustimmung der

¹ Johannes Fischer, Was Deutschland zu verhindern versuchte: der Spruch des internationalen Gerichtshofs zu Israels Besatzungspolitik, <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2024/08/Spruch-des-IGH-zu-Israels-Besatzungspolitik.pdf>

deutschen Außenministerin – die gewaltbereiten jüdischen Siedler ins Visier nimmt und diese mit Sanktionen belegen will. Was es braucht, sind wirksame Sanktionen gegen den Staat Israel.